Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3.40 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.— DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 196 | Halver, Mittwoch, 25. August 1954 | 1954

Dramatische Nachricht aus Rio de Janeiro

Präsident Vargas beging Selbstmord

Kurz zuvor legte er sein Amt nieder - Zeitungsgebäude in Rio gestürmt - Kriegsminister erlitt Weinkrampf

dmt. Rio de Janeiro, 24. August

Der 71jährige brasilianische Staatspräsident Vargas hat am Dienstag Selbstmord begangen, kurz nachdem er sein Amt niedergelegt hatte. Bevor er sich in den Privaträumen des Präsidentschaftspalastes ins Herz schoß, verfaßte er ein Schreiben, in dem er u. a. erklärte, er bedaure, daß er nicht mehr für das Volk habe tun können, wie es sein Bestreben gewesen sei.

Der bisherige Vizepräsident Filho hat nach dem Selbstmord Vargas' die Präsidentschaft übernommen. Filho erklärte im Rundfunk: „Der Selbstmord hat mich wie ein Blitzschlag getroffen." Das brasilianische Volk müsse seine politischen Meinungsverschiedenheiten vergessen und die unerreichbaren Dienste anerkennen, die Vargas geleistet hat.

In der Innenstadt von Rio versammelten sich nach dem Bekanntwerden der Selbstmordnachricht Tausende, vor allem Mitglieder der Arbeiterpartei Vargas zu Sympathiekundgebungen. Einige Hitzköpfe drangen in das Parteigebäude der oppositionellen Nationaldemokratischen Union und zertrümmerten die Einrichtung des Büros. Auch mehrere Zeitungsgebäude wurden gestürmt. Die Armee hatte umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen und die Hauptverkehrspunkte der Hauptstadt besetzt.

Bevor der Staatspräsident seinem Leben ein Ende setzte, hatte er sich am Dienstagmorgen nach einer nächtlichen Kabinettssitzung für drei Monate von seinem Amt beurlauben lassen, um eine Zuspitzung der Krise zu vermeiden. Als sich die Admiralität und sogar der Kriegsminister der Rücktrittsforderung der brasilianischen Luftwaffengenerale anschlossen, erklärte sich Vargas zum Rücktritt bereit. Er ging in sein Arbeitszimmer im Palais Catete und schrieb sein politisches Testament, in dem es u. a. heißt: „Man beschimpft mich, man verleumdet mich, man gibt mir nicht mehr das Recht, mich zu verteidigen, man will meine Stimme zum Schweigen bringen, man will mich hindern, das Volk zu verteidigen, wie ich es immer verteidigt habe. Ich beuge mich dem Schicksal."

Nachdem Vargas seinen Namen unter das Dokument gesetzt hatte, erschoß er sich. Sein Sohn Luthero und General de Castro, der Chef der Präsidentenwache, stürzten in das Zimmer, konnten Vargas jedoch nicht mehr retten. Der General erlitt einen Herzschlag. Als der Kriegsminister vom Selbstmord erfuhr, bekam er einen Weinkrampf. Die Leiche des Präsidenten soll eingesalbt und nach Sao Berja, seiner Geburtsstadt an der argentinischen Grenze, übergeführt werden. In der brasilianischen Oeffentlichkeit hat die Nachricht vom Selbstmord wie eine Bombe eingeschlagen, da man die Lage als nicht so ernst betrachtet hatte.

Vargas begann seine politische Laufbahn 1909 im Kongreß des Staates Rio Grande do Sul. 1927 wurde er Gouverneur des Staates. Eine Militärjunta übertrug ihm 1930 zum ersten Mal die brasilianische Staatsgewalt mit besonderen Vollmachten Vargas galt als „Diktator". Er setzte sich für eine umfassende Sozialreform ein. Im Oktober 1945 trat Vargas zum ersten Mal im Verlauf eines unblutigen Militärputsches zurück. Seine Haltung während des zweiten Weltkrieges hatte ihm vor allem in den USA starke Gegner geschaffen. Sein Nachfolger wurde General Dutra Vargas blieb als Senator tätig und gestaltete seine Partei zur heutigen brasilianischen Arbeiterpartei um. Bei den Parlamentswahlen 1950 gewann Vargas 55 Prozent aller Stimmen und wurde im Januar 1951 wieder zum brasilianischen Staatspräsidenten gewählt.

Brasilianische Regierung zurückgetreten

Demonstrationen gegen USA — Abendzeitung auf der Straße verbrannt

dmt. Rio de Janeiro, 24. August

Die brasilianische Regierung hat aus Anlaß des Todes von Staatspräsident Vargas Nationaltrauer angeordnet und anschließend dem neuen Präsidenten ihren Rücktritt eingereicht.

Eine unübersehbare Menschenmenge zog am Nachmittag an dem im Palast aufgebahrten toten Präsidenten vorbei. In Rio sind alle Schulen und Behörden geschlossen, auch das Geschäftsleben ist fast zum Stillstand gekommen. Die Abendausgabe der Oppositionszeitung von Rio wurde von einer empörten Menschenmenge mitten auf der Straße verbrannt. Außer den Regierungsgebäuden und Parteibüros werden auch die Rundfunkstationen und Zeitungsredaktionen von starken Polizeikommandos gesichert.

Brasilianische Militärposten, die vor der amerikanischen Botschaft Aufstellung genommen hatten, wurden von erregten Demonstranten zur Seite geschoben. Die Fensterscheiben des Gebäudes wurden eingeschlagen, in der Bibliothek wurden amerikanische Bücher verbrannt. Auch in Porto Alegre, dem Heimatstaat des Präsidenten, kam es zu Zwischenfällen, wobei es Tote gegeben haben soll. Zwei Zeitungsbüros wurden angezündet. In Belo Horizonte, 300 km nürdlich von Rio, stürmten Demonstranten das amerikanische Konsulat, zerrissen Akten und Bücher und zerschlugen Einrichtungsgegenstände in den Büros.

In letzter Minute

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sprach am Dienstagabend nach einer fast siebenstündigen Sitzung Bundesinnenminister Schröder einmütig ihr Vertrauen aus. Für den Fall John sei der Minister nicht verantwortlich zu machen. Der Vorsitzende des EVG-Bundestagsausschusses, Dr. Jäger, erklärte, daß der aus der CDU ausgeschlossene Schmidt-Wittmack niemals Protokolle über Sitzungen des EVG-Auschusses erhalten habe.

Ministerpräsident Mendès-France kündigte am Dienstag im Laufe einer vierstündigen Kabinettssitzung an, daß er im Zusammenhang mit der EVG keine Vertrauensfrage stellen werde. Er berichtete dem Kabinett über seine Verhandlungen in Brüssel und London.

Die Wahl der sechs neuen Präsidenten des Weltkirchenrats wurde am Dienstag in Evanston in letzter Minute um 24 Stunden verschoben, nachdem Kirchenpräsident Niemöller mit Unterstützung vieler Delegierter gefordert hatte, die Nominierung eines Laien zu einem der Präsidentenposten in Erwägung zu ziehen. Der Name des Laien ist noch nicht bekannt.

Mit 3550 Mark in der Tasche ging ein Vierzehnjähriger in Berlin zwei Tage und zwei Nächte lang auf Abenteuer aus. Das Geld hatte er seinen Eltern entwendet. Am Dienstag konnte er wieder eingefangen werden. Er hatte in 48 Stunden rund 450 Mark ausgegeben. Der Rest des Geldes wurde sichergestellt.

Rund 350 Delegierte aus 36 Ländern, darunter auch aus Ungarn und Polen, kommen am 27. August zur 43. Konferenz der Interparlamentarischen Union nach Wien. Es ist die am stärksten beschickte Konferenz der 1889 gegründeten und zur Zeit rund 5100 Mitglieder zählenden Union.

Der frühere Adjutant Hitlers, Wilhelm Brückner, der seit 1944 im Chiemgau lebte, ist im Alter von 70 Jahren einem Herzschlag erlegen.

Bonn stellt sich auf „große Allianz" um

Die EVG wird offenbar abgeschrieben — Ollenhauer: „Da ist nichts mehr zu retten"

wl. Bonn, 24. August

Während sich das offizielle Bonn nach dem Scheitern der Brüsseler EVG-Konferenz ostentativ in Schweigen hüllt und jede öffentliche Erörterung einer Ersatzlösung ablehnt, sind die Kräfte hinter den Kulissen um so reger, um aus dem Brüsseler Fiasko das Fazit zu ziehen. Mit ganz besonderer Aufmerksamkeit sind dabei die Besprechungen verfolgt worden, die der französische Ministerpräsident Mendès-France am Montag mit dem britischen Premierminister Churchill in Chartwell hatte.

Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer meinte am Dienstag vor der Presse in Bonn, die EVG sei nicht mehr zu retten. Für eine Ersatzlösung gebe es zwei Voraussetzungen: Erstens die Beteiligung Großbritanniens an einem „breiteren Sicherheitssystem" und zweitens die völlige Beseitigung jeder Diskriminierung Deutschlands.

Auffallenderweise stehen die Pläne, die jetzt in Bonn als Alternativlösung erwogen werden, mit den grundsätzlichen Forderungen Ollenhauers weitgehend in Einklang, so daß bereits davon gesprochen wird, daß durch das Scheitern der EVG eine außenpolitische Annäherung zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und der Opposition erleichtert werden könne.

Die Bonner Alternativpläne, über die hinter den Kulissen mit allem Nachdruck beraten wird, sehen im einzelnen folgendes vor:

Aufstellung von deutschen Verteidigungsstreitkräften etwa im Rahmen der im EVG-Vertrag vorgesehenen Stärke-Verhältnisse (12 Divisionen plus 12 Reservedivisionen); Schaffung einer uneingeschränkten deutschen Kommandogewalt; Abschluß von regionalen Verteidigungsbündnissen mit Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg; Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO unter Festlegung der gleichen Bedingungen und Verpflichtungen, wie sie auch für die übrigen NATO-Mitglieder gelten; Beitritt Großbritanniens und möglichst auch der USA und der skandinavischen Staaten zur Europäischen Koalition, die damit zur „großen Allianz" werden soll; weitere Stationierung von britischen und amerikanischen Streitkräften auf dem europäischen Festland, vor allem auch in der Bundesrepublik.

Man ist sich in Bonn darüber klar, daß zwei Vorbedingungen erfüllt werden müssen, bevor ein solcher Plan durchführbar ist:

1. Die Uebertragung der Vollsouveränität auf die Bundesrepublik und
2. die Herstellung vollen Vertrauens zwischen der Bundesrepublik und Frankreich.

Man weist darauf hin, daß eine Ablehnung der EVG durch Frankreich in Deutschland keine Mißstimmung gegen Frankreich auslösen würde. Auch Ollenhauer legte Wert auf die Feststellung, daß auch nach einem Nein der französischen Nationalversammlung zur EVG eine „klare und saubere Zusammenarbeit mit dem französischen Volk" angestrebt werden müsse. Hiermit dürfte Bundeskanzler Dr. Adenauer zweifellos einiggehen. Der Kanzler dürfte auch der Aeußerung Ollenhauers beipflichten, daß ohne oder sogar gegen Frankreich keine Lösung der Sicherheitsfrage erfolgen könne.

Nicht ganz in Einklang mit dieser Auffassung steht die von dem FDP-Vorsitzenden Dr. Dehler am Dienstag erhobene Forderung nach „sofortiger Aufnahme von Verhandlungen mit England und den USA über die Form des deutschen Verteidigungsbeitrages". Da eine Brüskierung Frankreichs auch nach dem Scheitern der EVG unter allen Umständen vermieden werden soll, ist nicht damit zu rechnen, daß der Bundeskanzler der Forderung Dehlers entsprechen wird. An einer „Fünfer-EVG", also Benelux-Italien-Bundesrepublik, statt der „Sechser-EVG" mit Einschluß Frankreichs ist die Bundesregierung offensichtlich nicht interessiert.

Storch schaltet sich in die Streikbewegung ein

Konferenz mit Freitag und Kummernuß — Dehler bezweifelt Urabstimmungswert

og. Bonn, 24. August

Bundesarbeitsminister Storch und eine Reihe führender Gewerkschaftler, darunter auch der DGB-Vorsitzende Freitag und der Vorsitzende der Gewerkschaft Oeffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Kummernuß, werden sich am Mittwoch in Bonn zu einer Besprechung über „allgemeine Probleme" treffen. Im Bundesarbeitsministerium betonte man, es handele sich bei dieser Konferenz um eine „interne Besprechung". Der Minister habe keine Vorschläge zur Beilegung der schon seit Wochen andauernden Streikbewegung in der Bundesrepublik vorbereitet.

Trotzdem hielten es politische Kreise der Bundeshauptstadt am Dienstag für durchaus wahrscheinlich, daß Storch einen Vermittlungsversuch machen werde. Wegen seiner bisherigen Zurückhaltung in dieser Frage war er von dem SPD-Vorsitzenden Ollenhauer scharf kritisiert worden, nach dessen Meinung der Minister sich schon längst um eine Beilegung der Streikbewegung hätte kümmern müssen.

Der FDP-Vorsitzende Dr. Dehler bezweifelte den Wert der gewerkschaftlichen Urabstimmungen über die Lohnangebote der Arbeitgeber. Im „FDP-Pressedienst" schreibt er: „Die Gewerkschaften sollten uns doch endlich mit der Farce der Urabstimmung vom Leibe bleiben. Sie interessieren niemanden und sie imponieren niemandem. Sie stellen einen groben Mißbrauch demokratischer Formen dar. Eine Abstimmung ist nur sinnvoll, wenn der Abstimmende die Konsequenzen seiner Entscheidung kennt. Eine Urabstimmung setzt also voraus, daß die Abstimmenden über die wirtschafts-, sozial- und steuerpolitischen Wirkungen einer Lohnerhöhung unterrichtet werden und sich dann erst entscheiden. Welcher der Urabstimmenden weiß, daß eine Erhöhung seines Lohnes im Augenblick zwangsläufig Preissteigerungen und damit am Ende die Minderung der Kaufkraft seines Lohnes zur Folge haben wird?"

70 Prozent lehnen Arbeitgebervorschlag ab

dpa. Stuttgart, 24. August

Bei der Urabstimmung im Öffentlichen Dienst haben nach dem am Dienstag bekanntgegebenen endgültigen Ergebnissen 267 646 oder 70,1% der Mitglieder der Gewerkschaft ÖTV die Vorschläge der Arbeitgeberverbände für Lohn- und Gehaltsverbesserungen abgelehnt. Für diese Vorschläge stimmten 108 815 oder 28,5%. Ungültig waren 5345 oder 1,4%. An der Abstimmung beteiligten sich 78,3% der stimmberechtigten Mitglieder.

Auch die in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft organisierten Angestellten der Länder und kommunalen Verwaltungen haben, wie die DAG am Dienstag mitteilt, das Angebot der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder und der Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände mit großer Mehrheit als unzureichend abgelehnt. An der Abstimmung hatten sich 71,2% aller abstimmungsberechtigten Mitglieder im Bundesgebiet und in Westberlin beteiligt.

Kollegen

Vor Jahrzehnten hat der Ire G. K. Chesterton eine köstliche Geschichte von dem „Mann, der Donnerstag hieß", geschrieben. Dieser Mann war einer der Großen von Scotland Yard, der von einer anarchistischen — so alt ist diese Geschichte! — Verschwörung erfuhr, an deren Spitze ein Siebenerkollegium stand, dessen Mitglieder sich nur unter dem Namen der Wochentage kannten und zu ihren seltenen Sitzungen stets maskiert erschienen.

Dem Helden der Geschichte gelang es, sich in den Verschwörerkreis einzuschmuggeln und schließlich als „Donnerstag" in den Führerring aufgenommen zu werden. Als dann der Tag gekommen war, da er den Platz hatte umstellen lassen und alle Vorkehrungen getroffen hatte, um die versammelten Verschwörer auszuheben, und diese zur Demaskierung zwang, blickte er in die ihm wohlbekannten Gesichter seiner Kollegen von Scotland Yard, die alle nicht nur den gleichen guten Gedanken wie er gehabt, sondern auch das gleiche Geschick bewiesen hatten und mit ihm im Führerkreis der Verschwörung saßen.

Ein anderer Ire, Patrick Kirwan, hat dieser Tage im „Daily Herald", dem Organ der Labour-Partei, Gedanken entwickelt, die Chesterton wohl nicht ferne gelegen hätten, wäre es ihm vergönnt gewesen, unsere Tage zu erleben. Kirwan meint, es sähe so aus, als ob die eine Hälfte der Berliner damit beschäftigt sei, die andere zu entführen, und als ob der Name jedes Wieners auf mindestens einer Gehaltsliste der Agentenorganisationen der vier Besatzungsmächte stehe. Und immer gebe es Leute, die von dem einen Geheimdienst zum anderen überwechselten und dem neuen Brötchengeber die Geheimnisse des alten verrieten. Eigentlich müßte jetzt doch jeder schon über jeden anderen alles Wissenswerte wissen und die Geheimdienste seien überflüssig geworden.

Aber selbst Patrick Kirwan wagt nicht zu glauben, daß man sie nun abschaffen und Zehntausende arbeitslos machen werde. Aber eins, meinte er, könnte man doch tun: man könnte System in die Sache bringen, indem man das Personal der verschiedenen Geheimdienste im Turnus austausche, etwa alle Jahr einmal!

Eine vorzügliche Idee. Man sollte sich das doch einmal auch in Bonn überlegen. Wie wäre es, um einen Anfang zu machen, wenn der Bundesinnenminister nach Rückkehr aus dem wohlverdienten Urlaub — natürlich nicht direkt, sondern durch die ihm schon geläufige Vermittlung der Alliierten — Herrn Grotewohl anbieten würde, Herrn Dr. John bis zum 20. Juli 1955 zu behalten und der Bundesrepublik in Gegenleistung die bewährten Dienste des Herrn Wollweber zur Verfügung zu stellen?

Bark am Berge

Was ist schuld?

Dieses Wetter macht wirklich keinen Spaß mehr. Woche für Woche das gleiche Bild: Regen, grauer Himmel, herbstliche Kühle, Morgennebel im August. Es gibt eine ganze Menge Leute, die glauben, daß dieses Wetter mit den Atomexplosionen im Zusammenhang stehe. Sie meinen, der radioaktive Staub, den man Tausende von Kilometern entfernt von den Explosionszentren registriert hat, trüge Regenpartikelchen mit sich herum über Ozeane und Kontinente hinweg und lüde sie hier bei uns wieder ab.

Die Sachverständigen, die „Wettermacher", bestreiten das energisch. Gewiß — es stimme schon, daß Atomexplosionen kleine örtliche Niederschläge ausgelöst hätten, aber einen positiven oder negativen Einfluß auf die allgemeine Großwetterlage hätten sie nicht. Sie seien dazu nicht stark genug.

Es scheint so, als müsse man den Meteorologen recht geben. Wie aus dicken Büchern hervorgeht, ist der Sommer des Jahres 1903 noch katastrophaler gewesen als der heurige. Und damals, das wissen wir genau, gab es noch keine Atombomben. Damals schob man die schlechte Wetterlage auch auf irgendeinen Zustand ab, der daran schuld sein sollte, daß das Wetter so miserabel war. Genau so wie im vorigen Jahrhundert, als man die Dampflokomotiven für längere Regenperioden verantwortlich machte, sagte man in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts, die Schuld an Regenwochen trüge der — Rundfunk!

Jetzt sind es halt die Atombomben-Explosionen. Und wenn die nicht wären, hätte man vielleicht das Fernsehen, die Ueberhandnahme des Kraftverkehrs oder die Düsenjäger als Sündenböcke heranziehen können.

Offenbar braucht der moderne Mensch für die Erklärung ungewöhnlicher Ereignisse einen mehr oder weniger plausiblen Vorwand. Denn je zivilisierter ein Mensch wird, desto weniger kann er Naturereignisse als Naturgegebenheiten hinnehmen. Er ist so stolz auf sich, daß er schon annimmt, ein kleinwinziges Atomexplosiönchen müsse den ganzen Kosmos durcheinanderbringen . . . **Petz**

Halver

Auch Frostaufbrüche, Vorsicht!

Wir berichteten auch gestern schon darüber, daß auf der Bundesstraße 229 unterhalb Halver in Richtung Oeckinghausen Reparaturarbeiten durchgeführt werden. Bei dieser Gelegenheit werden auch Frostaufbrüche in der Straßenmitte repariert. Die Sperrschilder und Reparaturstellen befinden sich erstmalig auf der Straßenmitte. Es ist daher erhebliche Vorsicht geboten. An diesen Stellen ergibt sich von selbst die Notwendigkeit eines zweibahnigen Verkehrs, bei dem geringen zur Verfügung stehenden Raum für Lastwagen ein kleines Problem. Auf jeden Fall die Straße sehr vorsichtig befahren, zumal die Reparaturstellen täglich wechseln.

Lastenausgleich auf dem Programm

Auf ihrer Mitgliederversammlung, die die Ortsvereinig. der Ostvertriebenen am Samstag, dem 4. September im Lokal Mödler durchführt, werden u. a. der Lastenausgleich und der Tag der Heimat behandelt werden.

Dringlichkeitsversammlung im Gartenbauverein

Zu Freitag dieser Woche lädt der Halversche Gartenbauverein seine Mitglieder zu einer Dringlichkeitsversammlung in das Hotel zur Post ein. Siehe heutige Anzeige.

Die Heimatzeitung gratuliert

Seinen 75. Geburtstag kann am heutigen Mittwoch der Rentner Wilhelm Schulte zu Oberlangenscheid begehen. Wir wünschen einem langjährigen Leser unserer Heimatzeitung weiterhin einen gesegneten Lebensabend.

Oedinghausen/Carthausen

Wir gratulieren

Am morgigen Donnerstag kann Witwe August Körbi, Carthausen, ihren 85. Geburtstag begehen. Die Heimatzeitung entbietet die herzlichsten Glückwünsche.

Oberbrügge/Ehringhausen

Hohes Alter

Seinen 82. Geburtstag kann morgen Rentner Fritz Wehner, Grünewald bei Ehringhausen, begehen. Wir wünschen dem Hochbetagten weiterhin einen schönen Lebensabend.

Schalksmühle

Wichtig für Rentenempfänger

In Schalksmühle, Dahlerbrück, Oberbrügge, Carthausen und Bollwerk werden für Monat September die Angestellten- und Versorgungsrenten am Sonnabend, dem 28. August sowie die Invaliden- u. Unfallrenten am Mittwoch, dem 1. Sept. gezahlt. Gleichzeitig geben die Rentenzahlstellen die Jahresbescheinigungen für die Empfänger der Angestellten-, Invaliden- und Unfallrenten aus. Die Renten für Monat Oktober 1954 werden nur gegen ordnungsmäßig ausgefüllte und beglaubigte Rentenjahresbescheinigungen in Verbindung mit den Rentenempfangsscheinen, die sich auf der Rückseite der Jahresbescheinigungen befinden, ausgezahlt.

An das neue Netz angeschlossen

Jetz wurde Rotthausen, Rotthauserweg, Löherweg, Mathagen, Am Sundern, Brucherweg, Nieder-Reeswinkel und die obere Viktoriastraße an das Jubachversorgungsnetz angeschlossen.

Unsere Glückwünsche

Ihren 78. Geburtstag kann heute Witwe Emma Faulstroh, Klagebach 39, begehen. — Bauer Karl Dahlhaus zu Dahlhausen wird heute 80 Jahre alt. Die Heimatzeitung wünscht einen weiteren gesegneten Lebensabend.

Zur Festlegung der wichtigsten Aufgaben

Schalksmühle stellt ZEHNJAHRES-PLAN auf

160000 DM für Aufschlußarbeiten im Siedlungsgelände Löh - Für Wasserleitungsnetz 73000 DM „Erst die Heimat erwandern, dann ins Ausland" - Wird August-Bebel-Platz umbenannt?

Im Sitzungssaal des Gemeindehauses fand gestern nachmittag eine Sitzung der Gemeindevertretung Schalksmühle statt, die ein reichhaltiges Programm aufwies, dank der vorbereitenden Arbeit in den Ausschüssen jedoch recht schnell abgewickelt werden konnte. An der von Bürgermeister Brune geleiteten Sitzung nahmen auch Amtsbürgermeister Carl Turck und Amtskämmerer Filling teil.

Zunächst stand die Beratung über die Aufnahme bzw. Verwendung einiger Darlehen auf der Tagesordnung. Bisher ist die Gemeinde Schalksmühle mit Darlehen im Betrage von 230 000 DM belastet, die für Wohnungs- und Schulbau und ähnliches vorgesehen sind. Nach eingehender Beratung stimmte die Vertretung nunmehr der Aufnahme zweier weiterer Darlehen in Höhe von 233 000 DM insgesamt zu. Das eine, das sich auf 160 000 DM beläuft, soll bei der Landesbank in Münster für

Aufschließungsarbeiten beim Siedlungsgelände im Löh

aufgenommen werden. Davon sollen je 73 000 DM der Kanalisation und dem Ausbau eines noch zu bestimmenden Weges dienen, während der Rest für die Erweiterung der Wasserleitung im Siedlungsgeländed Löh bestimmt ist.

Das zweite neue Darlehen, dem ebenfalls zugestimmt wurde, betrifft die

Erweiterung der Wasserleitungsnetzes

im Rahmen des Ortsnetz-Ausbaues durch den Wasserbeschaffungsverband Jubach. Dieser Ausbau soll sich auf die Hälverstraße, Rotthausen und den Reeswinkeler Kopf erstrecken. Für die Kosten in Höhe von 146 000 DM besteht die Möglichkeit, vom Lande einen fünfzigprozentigen Zuschuß zu erhalten, wenn die Gemeinde für die zweite Kostenhälfte ein entsprechendes Darlehen aufnimmt. Dieses Darlehen wird somit ebenfalls 73 000 DM betragen. Gleichzeitig wurde der Anschlußzwang für die neue Leitung beschlossen.

Gleichzeitig wurde aber, einer Anregung von Bürgermeister Brune folgend, ein „Zehnjahresplan" ins Auge gefaßt, um bei den verschiedenen laufenden Darlehen nicht die Uebersicht zu verlieren. Hierzu soll demnächst im einzelnen festgelegt werden, welche großen Aufgaben in der Gemeinde für die nächsten Jahre vorliegen.

Von einem weiteren Darlehen schließlich, das bei der Deutschen Pfandbriefanstalt für Bauzwecke in Höhe von 30 000 DM aufgenommen worden war, wurden bisher 17 000 DM für ein Schlichthaus verbaut. Es wurde beschlossen, den noch freien Restbetrag dazu zu benutzen, um für den neuen Leiter der Realschule ein Wohnhaus zu erstellen.

Vertretung nimmt Stellung zu Auslandsfahrten Jugendlicher

Einer Unterstützung für den Bau einer Schwesternschule, die vom Agnes-Karll-Verband beantragt war, sowie der Uebernahme der Vertretungskosten für eine Lehrkraft an der Evgl. Volksschule stimmte man ebenfalls zu. Weiter will man jedes Jahr immer 100 neue Bäume pflanzen, zunächst am Rotthauser Weg. Diese Veränderungen berücksichtigt die in der Sitzung anschließend genehmigte I. Nachtragshaushaltssatzung für das Rechnungsjahr 1954.

Vom Leiter der Realschule war die Bereitstellung weiterer Gemeindemittel für den Landschulaufenthalt im Heim der Bünder Bürgerschulen auf der Nordseeinsel Wangerooge beantragt worden. Da hierdurch zwei Klassen während des laufenden Schulumbaues in der Zeit vom 1. bis 28. September unter Aufsicht anderweitig untergebracht werden können, wurden für diesen Zweck 300 DM bereitgestellt.

Für den zur Zeit durchgeführten deutsch-englischen Jugendaustausch wurden jedoch anstelle der beantragten 150 nur 100 DM bewilligt. Die Vertretung bezweifelte in diesem Zusammenhang den Wert von Auslandsreisen Jugendlicher, die noch nicht die richtigen Möglichkeiten besäßen, derartige Aufenthalte voll und gewinnbringend auszuschöpfen. Richtiger und unterstützungswürdiger, so wurde betont, sei es, von der Jugend zunächst die deutsche Heimat erwandern zu lassen.

Anträge auf Erlaß der Müllabfuhrgebühren wurden bis auf einen besonders gelagerten Fall abgelehnt, während die Liste der 20 namhaft gemachten Schöffen und Geschworenen gutgeheißen wurde, ebenso wie der Austausch einiger Grundstücksflächen in Rotthausen. Auch einer Auslagenerhöhung für den Wehrführer der Feuerwehr und des Gerätewartes konnte sich die Vertretung nicht verschließen.

Weiterer Beitrag zum Brückenbau

Einem weiteren Beschluß zufolge wird es den Rotthauser Weg nicht mehr geben, der

in Bergstraße umbenannt

wird, so daß diese nunmehr von der Hälverstraße bis zur Ortschaft Rotthausen verläuft. Ein weiterer Umbenennungsantrag, den August-Bebel-Platz betreffend, wurde auf Grund eines Beschlusses aus dem Jahre 1949 zunächst zurückgestellt, bis sich die Parteien darüber intern besprochen haben. Diese Besprechung soll am 18. September stattfinden.

Für die Erneuerung der Brücke in Dahlerbrück, die in einer Form wiedererstehen soll, welche den Verkehr dort zügig gestaltet, wurden 15 000 DM bewilligt. Die Gesamtkosten werden auf 160 000 DM veranschlagt. Schließlich wurden noch als Ersatzmitglieder für den Schulausschuß Pfarrer Schiffer und Rektor Leow gewählt. Der Stunde der Oeffentlichkeit, in welcher eine Anfrage des Bundes der Kinderreichen beantwortet wurde, schloß sich eine nichtöffentliche Sitzung an. **Dr. Weg—**

Zahl der Verkehrsunfälle steigt

In der Zeit vom 15.—22. August ereigneten sich im Kreisgebiet Altena insgesamt 34 Verkehrsunfälle, bei denen 26 Personen z. T. schwer verletzt wurden. Verkehrstote waren nicht zu verzeichnen.

Frohe Botschaft für Halver

In zwei bis drei Wochen Jubach-Wasser

Wasserwerk deswegen nicht zweckentfremdet — Umbau ergibt zusätzliche Wohnung

Nun ist es bald so weit. Noch wenige Wochen trennen uns von dem Tage, an dem statt des Ennepe-Wassers Jubach-Wasser aus unseren Kränen rauschen wird. Nun, das wird natürlich weder zu sehen noch zu schmecken sein, denn unser bisheriges Wasser war keinesfalls schlechter, als das kommende.

Nun ist zwar unser Wasserwerk in der Ennepe deshalb noch nicht zweckentfremdet, jedoch wird ein Teil der bisher benutzten Räume frei. Bekanntlich wurde das Wasserwerk in früheren Jahren mit einer Dampfmaschine betrieben. Daher erklärt sich auch die Tatsache, daß der Pumpenraum ganz unverhältnismäßig hoch ist. Wie wir erfahren, sollen nun bei Einführung des Jubachwassers in diesen Räumen Umbauten vorgenommen werden und zwar derart, daß man noch eine zusätzliche Wohnung dadurch gewinnt. Neben dem neuen Wasser käme also in absehbarer Zeit der Vorteil neuen Wohnraumes hinzu.

Nun, warten wir ab, bis das neue Wasser durch unsere Kräne rinnt, sicherlich hören dann auch die häufigen Wasserabsperrungen der letzten Zeit auf.

Qualitätssteigerung im Wohnungsbau

Anstieg der Baukosten je Wohnungseinheit - Mehr Vierraum Wohnungen als früher

Die rein mengenmäßigen Erfolge im Wohnungsbau seit Bestehen der Bundesrepublik sind unbestritten. Anders liegt es dagegen bei der Qualität der geschaffenen Wohnungen. Hier ist vielfach kritisiert worden, daß über der Quantität die Qualität zu kurz gekommen sei. Das „Bundesbaublatt", das Organ des Bundesministers für Wohnungsbau, veröffentlichte kürzlich zu diesem Thema einige bemerkenswerte Tatsachen.

In den ersten Jahren nach der Währungsreform ist unter dem Druck der damals wirklich unerträglichen Wohnungsnot, aber auch der Knappheit der verfügbaren Kapitalien und des noch vorhandenen Mangels an manchen Baustoffen die Quantität, die bloße Zahl der Wohnungen auf Kosten der Qualität, zu sehr in den Vordergrund geschoben worden. Es sind — auch im Bereich des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus — viele Wohnungen geschaffen worden, die bauliche und sonstige Mängel aufweisen und unseren heutigen Ansprüchen nicht mehr voll entsprechen. Die Wohnfläche der Wohnungen war viel zu klein, die Ausstattung unzureichend und die verwendeten Baustoffe ließen ebenso zu wünschen übrig wie die Bauausführung.

Baukosten um 50 Prozent gestiegen

Aus der Bundesstatistik über die zum Bau genehmigten Wohnungen kennen wir ziemlich genau die veranschlagten reinen Baukosten je Wohnungseinheit in reinem Neubau. Diese haben im Bundesdurchschnitt folgende Entwicklung genommen: 1950: 10 100 DM; 1951: 12 100 DM; 1952: 13 100 DM; 1953 14 100 DM und 1954 (Jan.-April) 15 000 DM. Wir sehen, daß es im Bundesdurchschnitt, also unbeschadet von Abweichungen im einzelnen, die veranschlagten reinen Baukosten je Wohnungseinheit von 10 000 DM auf 15 000 DM. d. h. um fast 50 Prozent gestiegen sind. Auch seit Frühjahr 1952, also in den letzten zwei Jahren, haben sich die effektiven Aufwendungen je Wohnung um 16 Prozent erhöht, obwohl das Preisniveau im Wohnungsbau nach der amtlichen Indexziffer in der gleichen Zeit um rund 5 Prozent gefallen ist. Da in diesem Zeitraum auch die Rationalisierung des Bauvorgangs zweifellos Fortschritte gemacht hat, kann man wohl mit Sicherheit annehmen, daß der Mehraufwand bei den effektiven Baukosten der Qualität der Wohnungen zugute gekommen ist.

In diesem Zusammenhang sei auch hervorgehoben, daß das nachstellige öffentliche Darlehen je Wohnung nach den Meldungen der obersten Baubehörden der Länder sich wie folgt entwickelt hat: 1951: 4500 DM; 1952: 5800 DM; 1953: 6400 DM. Auch hier sehen wir ein starkes Ansteigen das zweifelllos unter anderen Gesichtspunkten erheblichen Bedenken begegnen muß, im Zusammenhang aber mit Untersuchungen über die Qualitätssteigerung im Wohnungsbau wohl als ein Zeichen für diese Steigerung angesehen werden kann.

Durchschnittliche Wohnfläche vergrößert

Die durchschnittliche Wohnfläche je fertiggestellter Wohnungseinheit im Neubau hat sich gleichfalls schon bis 1952 langsam gehoben. Sie betrug im Bundesdurchschnitt: 1950: 53,2 qm; 1951: 53,5 qm; 1952 54,2 qm. Die Ergebnisse der Statistik der Wohnfläche liegen für 1953 noch nicht vor, doch sprechen manche Anzeichen dafür, daß die Zunahme angehalten hat.

Hervorzuheben sind auch die Verschiebungen von der Dreiraumwohnung zur Vierraumwohnung. So sank der Anteil der Dreiraumwohnungen von 46,8 Prozent des gesamten Wohnungszugangs im Jahre 1952 auf 44,4 Prozent im Jahre 1953, während umgekehrt sich der Anteil der Vierraumwohnungen in derselben Zeit von 28 Prozent auf 31,8 Prozent erhöhte. Noch deutlicher zeigt sich diese Verschiebung im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau. Hier stieg der Anteil der Vierraumwohnung in der entsprechenden Zeit von 24,5 auf 31,1 Proz. sämtlicher geförderter Wohnungen auf Kosten der Dreiraumwohnungen, die 1952 noch über die Hälfte (52,8 Prozent), im Jahre 1953 jedoch nur noch 45,8 Prozent des Förderungsvolumens auf sich vereinigten.

Mehr Kleinhäuser und Eigenheime

Wohl am schwersten feststellbar ist statistisch die Entwicklung der im Wohnungsbau angewandten Rechtsformen der Nutzung. Als Anhaltspunkt hierfür bietet sich in gewissem Umfange die durchschnittliche Anzahl der Wohnungen je Wohngebäude im gesamten Wohnungsbau (öffentlich geförderter und übriger Wohnungsbau) an. Der Anteil der durchschnittlich auf ein zum Bau genehmigtes Wohngebäude entfallenden Wohnungen ist viel niedriger, als wohl gemeinhin auf Grund der großen Wohnblocks, die in manchen Städten in die Augen springen, angenommen wird. Tatsächlich entfielen nach der Statistik der Baugenehmigungen 1951: 2,5 Wohnungen, 1952: 2,7 Wohnungen, 1953: 2,6 Wohnungen, 1954 (Jan. bis April): 2,4 Wohnungen auf ein Wohngebäude. Das ist ein Zeichen dafür, daß das Kleinhaus und vermutlich auch das Eigenheim im Gesamtprogramm eine größere Rolle spielt, als die Kritik annimmt. Zwischen 1952 und 1953 hat sich auch beim öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau der Anteil der Eigenheime und Kleinsiedlungen an der Gesamtzahl der Wohnungen vergrößert.

Es soll hier nicht der Auffassung das Wort geredet werden, daß hinsichtlich der Qualität im Wohnungsbau sich schon alles zum Besten gewandt habe und daß in dieser Hinsicht nichts mehr anzustreben sei. Es ist ganz klar, daß beispielsweise die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnungseinheit noch eine Erweiterung erfahren muß, und daß der Anteil der Eigenheime und Kleinsiedlungen noch keineswegs befriedigen kann. Doch ist unverkennbar, daß im Wohnungsbau in den letzten Jahren nicht nur der Quantität, sondern auch der Qualität nach entscheidende Fortschritte erzielt worden sind.

Tödlicher Unfall in Lüdenscheid

Auf der Großbaustelle Am Hang, der neuen Straße zwischen Gustav- und Herscheider Landstraße, ereignete sich am Dienstag gegen 11.30 Uhr ein folgenschweres Bauunglück. Beim Abnehmen der Verschalung von einer freitragenden Betondecke an der Außenseite eines Neubaues brach die Decke buchstäblich ab und stürzte auf zwei Zimmerleute, die darunter beschäftigt waren. Beide wurden schwer verletzt. Einer von ihnen ist inzwischen gestorben.

Die Ermittlungen über die Schuldfrage waren bei Redaktionsschluß noch nicht abgeschlossen.

Rönsahl

Kuhherde brach aus

Von einer Kuhherde, die in Rönsahl auf der Bundesstraße 237 an zwei parkenden PKWs vorbeigetrieben werden mußte, wurden einige Tiere infolge Herannahens eines weiteren PKWs scheu und brachen aus. An allen drei Fahrzeugen entstand erheblicher Sachschaden. Personen wurden nicht verletzt.

Klagen des Baugewerbes finden Gehör

Preusker: Oeffentliche Hand soll pünktlicher zahlen

vwd. Bonn, 24. August

Der Bundeswohnungsbauminister Preusker hat sich der Klagen des Bauhandwerkes, des Baugewerbes und des Bauhandels über die schlechte Zahlungsweise der öffentlichen Hand und der Wohnungsunternehmer angenommen.

Die zuständigen Minister und Senatoren der Länder, die kommunalen Spitzenverbände, sowie die Spitzenverbände im Bau- und Wohnungswesen wurden in einem Erlaß darauf hingewiesen, daß sowohl die Zahlungsweise, wie die Frage der Sicherheitsleistung eingehend und klar geregelt worden seien und daß es bei einer strikten Anwendung der Verdingungsordnung für Bauleistungen möglich sein müsse, die Durchführung von Bauvorhaben, sowie die Abrechnung und Bezahlung in einer allseitig befriedigenden Form zu regeln. Die zuständigen Instanzen werden gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß die von den Länderministerien herausgegebenen Erlasse, sowie die Richtlinien des Bundeswohnungsbauministeriums für den Einsatz von Bundesmitteln im sozialen Wohnungsbau genau eingehalten werden, um Schwierigkeiten und Verzögerungen auf jedem Gebiet zu vermeiden.

Die Verbände des Bauhandwerks, des Baugewerbes und des Bauhandels hatten immer wieder darüber geklagt, daß die Zahlungsweise der öffentlichen Hand und der Wohnungsunternehmer sowohl bei der Auszahlung von Zwischenrechnungen, als auch bei der Schlußabrechnung sehr zu wünschen übrig lasse und zu einer starken Anspannung der Liquidität der Gewerbe- und Handelsbetriebe führe. Besonders wurde darüber geklagt, daß in steigendem Umfang Sicherheitsbeträge zurückgehalten würden, obwohl Bankbürgschaften beigebracht worden seien.

Mao Tse-tung empfängt Attlee

dpa. Peking, 24. August

Der chinesische Staatschef Mao Tse-tung empfing am Dienstag im Beisein hoher chinesischer Politiker den britischen Oppositionsführer Attlee in Chingchen Tien bei Peking. Damit hat Mao zum ersten Mal einen westlichen Politiker empfangen, seit er 1949 an die Spitze der chinesischen Volksrepublik trat. An der Begegnung nahm auf chinesischer Seite unter anderem Ministerpräsident Tschu En-lai teil.

De Castries ist „weit weg"

Der wegen des Hochwassers auf dem Roten Fluß seit Freitag unterbrochene Gefangenen-Austausch in Vietnam wurde am Dienstag fortgesetzt. Seitens des Vietminh wurde kritisiert, daß die Franzosen bis jetzt wesentlich mehr Zivilinternierte anstatt Kriegsgefangene freigelassen hätten. Die Kommunisten haben deshalb, wie aus Gefangenenaussagen hervorgeht, alle Franzosen, die Dienstag heimkehren sollten, von der Entlassungsliste gestrichen. Auch über den Zeitpunkt der Freilassung des Generals de Castries ist noch nichts bekannt. Kommunistische Journalisten erklärten, er befinde sich noch „weit weg".

In dem vom Wohnungsbauministerium herausgegebenen „Bundesbaublatt" wird erklärt, eine Freigabe der Mieten könne erst erfolgen, wenn ausreichend Wohnungen vorhanden wären. Ziel der Bundesregierung sei, auch die Wohnungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft einzufügen.

US-Militärmission nahm Fühlung

og. Bonn, 24. August

Das bereits vor einigen Wochen in der Bundesrepublik eingetroffene Vorkommando der amerikanischen Militärmission hat inzwischen mit maßgebenden Vertretern der Dienststelle Blank Fühlung aufgenommen, wie am Dienstag in Bonn verlautet. Bei diesen Gesprächen ist es jedoch noch nicht zu echten Arbeitssitzungen gekommen. Die US-Militärs sollen sich zuerst über die Planung des Amtes Blank und auch über den Aufbau des Bundesgrenzschutzes unterrichten. Offiziell werden sie ihre Arbeit erst aufnehmen, wenn Klarheit darüber besteht, in welcher Form die Bundesrepublik ihren Beitrag zur westlichen Verteidigung leisten soll. Nach Informationen aus zuständigen Kreisen bestehen zur Zeit Pläne, die Organisation und Bewaffnung des Bundesgrenzschutzes wesentlich auszubauen, sofern nicht in nächster Zeit eine endgültige Entscheidung über den deutschen Wehrbeitrag fallen sollte.

SSD-Chef Wollweber gibt Verhaftungen bekannt

Anti-Gehlen-Kampagne wird verschärft — Haßstimmung gegen „E-Plan"

gk. Berlin, 24. August

In der Sowjetzone ist jetzt die „Anti-Gehlen-Kampagne", die nach dem politischen Frontenwechsel Johns gestartet wurde, verschärft worden. Mit einer Ansprache vor rund 300 Arbeitern und Angestellten des Ostberliner Werkes für Hochfrequenz und Fernmeldewesen in Oberschöneweide schaltete sich jetzt der sowjetzonale Staatssicherheitschef Wollweber in die Kampagne ein. Ihr Ziel soll es sein, eine etwaige Berufung Gehlens zum Bundesabwehrchef zu verhindern.

Wollweber gab die Verhaftung von 5 Betriebsangehörigen bekannt, die „wichtige Produktionsgeheimnisse an die Gehlen-Organisation und den amerikanischen Geheimdienst" verraten haben sollen. Nach Wollwebers Ausführungen handelt es sich dabei um Spezial- und Versuchsröhren, sowie Entwicklungsberichte. Der SSD-Chef nannte in diesem Zusammenhang die Namen Hans Jaesche, Gerhard Sielaff, Klaus Kaap, Karl-Heinz Hinzmann und Siegfried Kurzhals. Außerdem gab er, um in der mitteldeutschen Bevölkerung einen Haß gegen alle für den Westen arbeitenden „Spione und Agenten" zu erwecken, die Aufdekkung eines sogenannten „E-Plans" der Organisation Gehlen bekannt. Nach diesem Plan sollen die Gehlen-Agenten „im Ernstfall" alle Wirtschaftsmaßnahmen in der Sowjetzone, den Leistungsstand der Industrie, sowie die Auswirkungen alliierter Luftangriffe auf Betriebe erkunden. Besonders eingehend wies Wollweber auf die Tätigkeit der Gehlen-Agenten in Frankreich hin. Er gab zu, daß die Gehlen-Organisation gut organisiert sei. „Deshalb setzen die Organe für Staatssicherheit in der DDR alles daran, besonders diese Organisation zu zerschlagen", schloß Wollweber.

Paris fragt nach EVG-Geheimdokumenten

Parlamentarier-Anfrage an Mendès — Was wußte Schmidt-Wittmack?

dmt. Paris, 24. August

Im Zusammenhang mit dem Fall Schmidt-Wittmack hat der sozialistische Abgeordnete Naebelin an den französischen Außenminister folgende schriftliche Frage gerichtet: „Gewisse Berliner und Bonner Informationen besagen, daß der CDU-Bundestagsabgeordnete Schmidt-Wittmack, der sich in die Ostzone begeben hat, kürzlich in den Besitz sehr vertraulicher Dokumente gekommen ist, welche die Projekte zur EVG und die Geheimdienste betreffen. Ich habe die Ehre, Herr Ministerpräsident, Sie um Mitteilung zu bitten, ob außer dem Vertragsprojekt über die EVG und den Zusatzprotokollen, sowie dem in dieser Beziehung zwischen den Regierungen geführten Briefwechsel „sehr vertrauliche Dokumente über die Europaarmee betreffende Projekte" bestehen, die zur Kenntnis des Abgeordneten Schmidt-Wittmack gekommen sein könnten, während die zuständigen Kommissionen des französischen Parlaments die gleichen Dokumente ignorieren".

Der bayerische Ministerrat hat am Dienstag den Termin für die Landtagswahlen in Bayern auf Sonntag, 28. November festgelegt. Die auf vier Jahre befristete Legislaturperiode des bayerischen Landtags läuft schon zwei Tage vor dem Wahltermin ab.

Die indische Regierung hat am Dienstag zwei portugiesische Noten beantwortet und sich bereit erklärt, an einer Konferenz über den indisch-portugiesischen Streitfall teilzunehmen. Indien bedauerte, daß Portugal den für den 24. August vorgesehenen Zusammentritt einer gemischten Kommission abgelehnt habe.

Zum ersten Zentrumsvorsitzenden in Niedersachsen wählte die Landesdelegierten-Konferenz in Osnabrück den Landrat des Kreises Lingen/Ems.

Wetterbericht

Feuchtkühle Meeresluftmassen, die ein über Holland und Belgien nach Süden ziehendes Tief umströmt hatten, erwärmen sich nur langsam und bestimmen weiter unser Wetter. Mäßige Winde um Süd, überwiegend starke, nur zeitweise auflockernde Bewölkung, gelegentliche schauerartige Regenfälle und weiterhin kühl, mit Tageshöchsttemperaturen nahe 18 Grad.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver/Westf., Kirchstraße 5, Fernruf Halver 442. Verlagsleitung: Werner Bell; Hauptschriftleitung: Karl A. F. Günther; Lokale Schriftleitung: Dr. Wolfram M. Wegener; Anzeigenleitung: Ernst Höngen. Postverlagsort: Halver i. Westf. Erscheint werktäglich. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder im Falle von höherer Gewalt und Streik besteht kein Entschädigungsanspruch. Abbestellungen nur bis zum 20. i. M. schriftlich beim Verlag.

Die **Beerdigung** des verstorbenen

August Bürger

zu Hesseln b. Halver

findet am Freitag, dem 27. August 1954, um 15.30 Uhr, vom Sterbehause aus, statt.
Trauerfeier eine halbe Stunde vorher.

STATT KARTEN!

Für die uns anläßlich unserer Verlobung erwiesenen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten danken wir, auch im Namen unserer Eltern herzlich.

GISELA KRATZ
KARL GRÜNDER

Halver, im August 1954





„Leben ohne Gesundheit
ist eine Last,
mit ihr Lust und Freude"

Henry W. Longfellow



ist eine tägliche Notwendigkeit für den, der seine Gesundheit über alles schätzt

Kriegerkameradschaft Halver 1842 im Kyffhäuserbund e. V.

Zu der Beerdigung des verstorbenen Kameraden

August Bürger

tritt die Kameradschaft am Freitag, dem 27. August 1954 um 15 Uhr geschlossen am Vereinslokal an.

Der Vorstand

Ihr Möbelkauf

»ohne vorherige Anzahlung, Raten bis zu 18 Monaten« durch die **Ein- und Verkaufsorganisation** Heepen 40 über Bielefeld 2 lohnt sich in jedem Falle. Hier einige Beispiele:

Echte Schlafzimmer ab DM **446.-**
echte Wohnzimmer ab DM **297.-**
echte Küchen . . . ab DM **196.-**

Polstermöbel in allen Preislagen. Lieferung frei Haus. Schreiben Sie uns und wir beraten Sie unverbindlich.

Kost u. Logis frei.

Rotthausen 3

Zusätzliche Einnahmen

verschaffen Sie sich durch nebenberuflichen Vertrieb von nur Markenradios. Gefl. Zuschriften unter DQ 4992 an WERBEG, Dortmund, Westenhellweg 47

REGINA
LICHTSPIELE HALVER

Heute und morgen 20 Uhr
Yvonne de Carlo
Der Schlüssel zum Paradies

Witzig - spritzig - temperamentvoll. Ein entzückendes Lustspiel für Frauen auf daß sie »tiefer seh'n« für Männer auf daß sie »in sich geh'n«.

Lichtspiele Karlshöhe

Mittwoch und Donnerstag 20 Uhr
Das Nachtgespenst

Ein Burg - Porta - Film im Europa Filmverleih mit **Liselotte Pulver, Hans Reiser, Harald Paulsen, Elena Huber, Walter Gross, Josef Sieber, Hubert v. Meyerinck**

Es singt **Bully Buhlan**

Nach **Klettermaxe** und **Fritz und Friederike** ihre schönste und dankbarste Filmrolle mit allen bewährten Liselotte - Pulver - Zutaten.

Ein Film den Du mit Schmunzeln nennst, bleibt allemal **Das Nachtgespenst**

Tanzschule Böhlefeld

Beginn eines neuen Anfängerkurses am

Dienstag, 31. 8. 1954, 20 Uhr in der Herpine

Altenburg – Stralsunder
Skat-Spielkarten
Rommé das moderne Gesellschaftsspiel.
Wilh. Bell jr., Halver

Jüngere Bürogehilfin

zum möglichst baldigen Eintritt gesucht.

Angebote unter Nr. 249 an den Allgemeinen Anzeiger, Schalksmühle

AUTO
Groß-Versteigerung
DORTMUND GRÄVINGHOLZ
Versteigerung
jeden Samstag 14-19 Uhr
Annahme u. Verkauf tägl.
Finanzierungsmöglichkeit
Evinger Str. 359
Ruf 3 40 14

Biete schöne abgeschl. **3-Zim.-Wohn.** in Lüdenscheid, suche **3-Zim.-Wohn.** i. Schalksmühle. Angeb. unter Nr. 248 an den Allgem. Anzeig. Schalksmühle

Mehrere Mädchen oder Frauen

für leichte Arbeit gesucht.

Erich Wippermann
Kunststoff-, Preß- und Spritzgußwerk
Halver in Westfalen

Gut möbl. frdl.
2-Bett-Zimmer
(Heizg.) mit Verpflegung sofort zu vermieten.

Angeb. unter Nr. 338 an den Allgemeinen Anzeiger

ATLANTIK-Waschmaschinen
gehören in jedes Haus.
Teilzahlung – Viele Anerkennungen!
Verlangen Sie Gratiskatalog von:
E. Graumann, Rummenohl 4 i. W.

Gartenbauverein Halver

Am Freitag, 27. Aug. 1954 20 Uhr
Dringlichkeitsversammlung
im »Hotel zur Post«.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand

Leistungsecke
Kleiderbügel
der Firma DM **0.15**
Joh. Chr. Herdepe Söhne
Halver Telefon 160

Deine Anzeige – Dein Erfolg